

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden

Oktober 1990

Empfehlungen zum Aufbau einer demokratischen und pluralistischen Jugendarbeit in den fünf neuen Bundesländern

— beschlossen in der 69. Arbeitstagung vom 03. — 05.10.1990 in Wadern-Bardenbach, Saarland —

Mit dem Inkrafttreten des KJHG am 03.10.1990 in den fünf neuen Bundesländern ist die Förderung der Jugendarbeit als neue Aufgabe der Jugendhilfe hinzugekommen. Innerhalb des Gesamtspektrums der Jugendhilfe gewinnt die Jugendarbeit in freier und öffentlicher Trägerschaft besondere Bedeutung dadurch, daß über Jahrzehnte hinweg dieses Aufgabenfeld der i.S. eines Staats- und Parteilugendverbandes wirkenden FDJ übertragen war, wodurch sich eine demokratische und pluralistische Jugendarbeit nicht entfalten konnte.

Erste Erfahrungen beim Neuaufbau der Jugendhilfe lassen die Befürchtung für begründet erscheinen, daß die Förderung der Jugendarbeit im Spektrum der Jugendhilfeleistungen nur als nachgeordnete Aufgabe gesehen wird. Die BAG LJÄ warnt vor einer Betrachtungsweise, die die Förderung der Jugendarbeit der Beliebigkeit anheimstellt, da dies nicht nur für die Schaffung einer leistungsfähigen und dem Gesetz entsprechenden Jugendhilfe, sondern mehr noch für den Aufbau eines demokratischen Staatswesens in der ehemaligen DDR mit Sicherheit von Nachteil wäre. Der Neuaufbau einer demokratischen Gesellschaftsordnung muß sich gerade auf die junge Generation stützen können und deshalb deren Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen aufgreifen, fördern und, wo nötig, wecken. Jugendarbeit muß dort von unten her, ausgehend von den unmittelbaren Lebensbereichen der jungen Menschen, aufgebaut werden. Sie braucht als erstes die Unterstützung von Jugendinitiativen und Jugendgruppen auf der kommunalen Ebene. Den neugebildeten Jugendämtern kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung zu.

Die BAG LJÄ spricht sich deshalb dafür aus,

- beim Aufbau der Jugendamtsstrukturen von Beginn an einen eigenständigen Aufgabenbereich „Förderung der Jugendarbeit“ zu schaffen und ihn mit mindestens einer Personalstelle auszustatten,
- den Aufbau demokratischer Jugendgruppen, Jugendverbände und Jugendringe auf allen Ebenen ideell und finanziell zu unterstützen,
- den Ausverkauf und die Umwandlung von Einrichtungen, die bisher der Jugendarbeit zur Verfügung standen, baldmöglichst zu beenden,
- für die Förderung der Jugendarbeit in den Etats der Kommunen und Länder Mittel einzuplanen,
- für eine gewisse Übergangszeit auch Bundesmittel zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der örtlichen Infrastruktur der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen,
- die Förderung von innerdeutschen Begegnungen auf dem Gebiet der Jugendarbeit durch Bundesmittel für eine Übergangszeit von mindestens 2 Jahren noch fortzusetzen, weil sie ein besonders wichtiges Arbeitsfeld politischer Bildung für die Jugend aus beiden Teilen Deutschlands sind,
- bei der Förderung der Jugendarbeit die spezifischen Lebenslagen der jungen Menschen zur Grundlage aller Planungen zu machen, Netzwerke von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit dem Ziel der Ermöglichung beruflicher Perspektiven zu schaffen und eine enge Kooperation aller Jugendhilfebereiche zugunsten der Gestaltung des Lebensraumes der jungen Menschen und ihrer Familien sicherzustellen,
- Spielangebote und Tagesbetreuung für Kinder zu gewährleisten.

Die BAG LJÄ richtet dieses Votum nicht nur an die Verantwortlichen für den Aufbau der Jugendhilfe in der ehemaligen DDR. Sie appelliert ebenfalls an den Bund sowie die Länder und Kommunen, die dort Hilfe beim Aufbau der Verwaltungsstrukturen leisten, bei ihren Beratungen und Hilfemaßnahmen die Förderung der Jugendarbeit einzubeziehen.

Federführende Stelle: Landschaftsverband Rheinland — Landesjugendamt —

Kennedy-Ufer 2 · Postfach 210720 · 5000 Köln 21 · Fernruf (0221) 809-0 · Telefax (0221) 809-2200
